

## Manuskript

# Beitrag: Entsandte Beschäftigte – Mehr Schutz und gleiche Rechte

**Sendung vom 24. November 2020**

von Reinhard Laska und Magdalena Schwabe

### **Anmoderation:**

Wir erinnern uns noch an die Schreckensmeldungen aus dem Frühjahr: Corona-Ausbrüche in deutschen Schlachthöfen - quer durch die Republik. Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter, meist aus Mittel- und Osteuropa, waren infiziert, mussten in Quarantäne oder flohen nach Hause. Corona warf ein Schlaglicht: auf Dumpinglöhne, dubiose Subunternehmer, heruntergekommene Unterkünfte. Der Bundesarbeitsminister versprach Verbesserung. Was ist daraus geworden? Reinhard Laska und Magdalena Schwabe berichten.

### **Text:**

Schichtwechsel bei Schwarz Cranz. Das Unternehmen bei Hamburg produziert Wurstwaren. Viele, die hier arbeiten, kommen aus Osteuropa, haben keinen Vertrag mit dem Wurstproduzenten, sondern mit einem Subunternehmer. Das ist oft so in der Fleischindustrie, ganz legal und immer wieder problematisch. Die Gewerkschaft versucht mit den Arbeitern ins Gespräch zu kommen.

***O-Ton Anne Widder, Gewerkschaftssekretärin, NGG Hamburg-Elmshorn, am 11.9.2020:***

***Die Leute sind verängstigt. Wir hatten ja eben schon das Thema, dass die meisten gar nicht wissen, bei wem sie hier direkt arbeiten. Sie wissen nicht, bei wem sie den Arbeitsvertrag haben. Sie werden hierher geködert.***

Viele, die hier in Hamburg schufteten, sind bei einem Subunternehmer aus Tschechien angestellt. Für solche Konstruktionen gilt das sogenannte Entsendegesetz. Das schreibt vor: Arbeiter, die zum Beispiel aus Tschechien kommen, müssen dort ihren Wohnsitz haben und sozialversichert sein, mit Renten- und Krankenversicherung. Wenn sie in ein Unternehmen nach Deutschland entsandt werden, bleiben sie dennoch beim

tschechischen Subunternehmen angestellt. Das zahlt Lohn und die tschechische Renten- und Krankenversicherung.

Das rechnet sich für deutsche Firmen, denn so sind osteuropäische Arbeiter billiger als deutsche.

Genadijs Gerasimenko hat bei Schwarz Craz im Rahmen des Entsendegesetzes gearbeitet. Angestellt war er bei dem tschechischen Subunternehmer PRAGS-PPM. Die Probleme fingen an, als der 60-Jährige erkrankte und dringend ärztliche Hilfe benötigte.

***O-Ton Genadijs Gerasimenko, Arbeiter aus Lettland:  
Ich hatte Fieber und eine gefährliche Entzündung. Vier  
Kliniken wollten mich aber nicht aufnehmen. Es hieß auf  
einmal, dass ich nicht krankenversichert bin.***

Erst hier wurde er behandelt – aus humanitären Gründen, wie die Klinikleitung erklärt.

In seiner Not wendet sich Genadijs Gerasimenko an die DGB-Beratungsstelle für ausländische Arbeitnehmer. Die Gewerkschaftler bitten den Subunternehmer PRAGS-PPM um Gerasimenkos Papiere. Dabei kommt heraus, der Arbeitsvertrag wurde in tschechischer Sprache verfasst. Gerasimenko spricht kein Tschechisch, er ist Lette.

Laut Vertrag war er in Tschechien gemeldet – in der Husova-Straße 432 in der Gemeinde Nejdek. Gerasimenko sagt, er habe nie in Tschechien gelebt.

Der Subunternehmer legt eine Krankenversicherungskarte vor. Wir fragen nach bei der Krankenkasse in Prag. Die schickt eine Antwort – darin: tatsächlich eine Versicherungsnummer. Doch die Versicherungsnummer stimmt nicht überein mit der Nummer auf Gerasimenkos angeblicher Krankenkassenkarte. Außerdem ist die Versicherung auf eine Frau Gerasimenko ausgestellt.

Nach seiner Beschwerde bei der Gewerkschaft kündigt ihm der Subunternehmer den Arbeitsvertrag und auch die Werkswohnung. Nun lebt Gerasimenko in einer Obdachlosenunterkunft - und sucht wieder dringend Arbeit.

***O-Ton Genadijs Gerasimenko, Arbeiter aus Lettland:  
Es nutzt ja nichts, von irgendwas muss ich ja leben. Ich  
muss essen, mal eine Zigarette rauchen, ein Busticket  
kaufen.***

***O-Ton Rüdiger Winter, Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg:  
Solche Fälle wie der von Herrn Gerasimenko sind leider  
keine Seltenheit. Wir haben es mit einer zunehmenden Zahl  
von atypischen und prekären Beschäftigungsverhältnissen***

**zu tun. Es sind Branchen, wo wir hauptsächlich auch so Auftragsketten, Subunternehmerketten mit im Spiel haben, wo wir quasi dadurch auch ein arbeitsrechtliches Paralleluniversum auch fast da sehen.**

Schwarz Craz lässt wissen, in ihrer Firma laufe alles nach Recht und Gesetz. Die Vorschriften des Entsendegesetzes seien eingehalten worden, die Lohnzahlungen Sache des Subunternehmers.

Auch Bogdan K. aus Polen ist bei dem Hamburger Fleischverarbeiter gelandet. Er freute sich - dachte, er hätte eine feste Stelle bei einem deutschen Unternehmen, wäre auch in der deutschen Sozialversicherung. Die Gewerkschaftler prüfen seine Papiere - stellen fest: Bogdan K. hat einen Vertrag mit dem tschechischen Subunternehmer PRAGS-PPM.

**O-Ton Bogdan K., Arbeiter aus Polen:  
Ich wollte in der Bundesrepublik arbeiten, um meine Rente aufzustocken. Es gab aber keine Sozialbeiträge und keine Krankenversicherung. Dass Deutschland so einen dubiösen Vermittler auf den Arbeitsmarkt zulässt, ist ein Rätsel für mich. Zum Glück hatte ich eigene Antibiotika aus Polen, und als ich krank wurde, konnte ich mich selbst behandeln und weiterarbeiten. Wer nicht arbeiten konnte, der hat nichts verdient.**

Wer ist PRAGS-PPM? Auf ihrer Website präsentiert sich die Agentur als erfahrener Arbeitsvermittler mit Sitz im tschechischen Karlsbad. Wir versuchen Kontakt aufzunehmen, wollen wissen, was das Unternehmen zu den Vorwürfen der Arbeiter sagt. Doch PRAGS-PPM ist nicht zu erreichen.

Wir versuchen es in Hamburg. Dort hat der tschechische Subunternehmer Geschäftsräume. Hier haben sich die ausländischen Arbeiter vorgestellt. Doch die Büros sind verwaist, niemand mehr da.

Weil auf schriftliche Fragen keiner antwortet, machen wir uns auf den Weg ins tschechische Karlsbad. Laut der Website hat PRAGS-PPM hier ihren Hauptsitz. Wir versuchen persönlichen Kontakt mit Firmenmitarbeitern zu bekommen, fragen an der Rezeption.

**O-Ton Frontal 21:  
Ich suche nach der Arbeitsagentur PRAGS. Kommen hier Kunden?**

**O-Ton Rezeptionistin:  
Sehr selten. Hier ist keiner.**

Wir rufen an, doch keiner meldet sich.

**"... at the moment. Please try again later."**

Seit der Corona-Krise redet die Politik wieder über die Ausbeutung osteuropäischer Arbeiter in der Fleischindustrie. Anlass war der Skandal bei Tönnies - alles lange bekannt.

Die gerade erschienene Studie der Hans-Böckler-Stiftung spricht von „**systematischen Arbeitsrechtsverstößen**“, „**fehlenden Verantwortlichkeiten**“ und „**keinen geeigneten Kontrollmöglichkeiten**“.

Erst jetzt reagiert die Bundesregierung. Im Mai verspricht der Bundesarbeitsminister drastische Reformen - Schluss mit der Ausbeutung.

**O-Ton Hubertus Heil, SPD, Bundesarbeitsminister, am 29.5.2020:**

**Das ist das Prinzip: gleicher Lohn für gleiche Arbeit am selben Ort, meine Damen und Herren. Das ist richtig und vernünftig!**

Darauf drängen Europäische Kommission und Europaparlament schon lange - und reformierten deshalb die sogenannte Entsenderichtlinie. Osteuropäische Arbeiter sollten nicht mehr benachteiligt werden.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - doch das habe Deutschland nicht umgesetzt, kritisiert der Europaabgeordnete Dennis Radtke.

**O-Ton Dennis Radtke, EVP/CDU, MdEP, Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten:**

**Ich bin von der Umsetzung enttäuscht, weil ein ganz wesentlicher Punkt bei der Umsetzung in nationales Recht nicht aufgegriffen worden ist. Bei der Umsetzung in deutsches Recht sind die sogenannten regionalen Tarifverträge ausgeklammert worden. Das Problem ist nun aber, die Tariflandschaft in Deutschland ist vor allen Dingen regional geprägt.**

So ist das auch in der Fleischindustrie - nur regionale Tarifverträge, keine bundesweit gültigen. Die Folge: Osteuropäer dürfen auch in Zukunft schlechter bezahlt werden als die deutschen Kollegen. Sie haben nur Anspruch auf den Mindestlohn. Die Reform ist nahezu wirkungslos.

Das Bundesarbeitsministerium räumt ein,

**Zitat:**

**"Im Bundestag gab es bedauerlicherweise nicht den notwendigen Konsens, um regionale allgemeinverbindliche Tarifverträge (...) in den Anwendungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes aufzunehmen."**

**[BMAS, 23.7.2020]**

Doch der Bundesarbeitsminister und die Große Koalition haben auch ein anderes Problem nicht gelöst: das der Sozialversicherung osteuropäischer Arbeiter. Denn, auch wenn sie in Deutschland arbeiten, bleiben sie in der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung ihres Heimatlandes. Das hat Folgen:

Wir fahren nach Bulgarien. Irina Tanevska und ihr Mann Vladi kommen als Selbstversorger noch gerade so über die Runden. Deshalb arbeiten sie häufig in Deutschland, als Entsandte. Als sie Arbeitslosengeld beantragen müssen, ein böses Erwachen. Sie bekommen gerade mal 186 Euro. Mehr zahlt der bulgarische Staat nicht - und der ist für sie zuständig.

***O-Ton Irina Tanevska, Arbeiterin:  
Ich habe keine Wahl, als wieder nach Deutschland zurückzufahren. Es gibt keine Gerechtigkeit. Wovon sollen wir sonst leben?***

Auch Deniz und Alina Semerdjievi haben in Deutschland gearbeitet. Bekamen manchmal nur sechs Euro für einen ganzen Tag Arbeit. Sie erzählen, dass sie kaum zu Essen hatten, sich Geld leihen mussten, um wieder nach Hause zu kommen.

***O-Ton Deniz Semerdjievi, Arbeiter:  
Das habe ich in Deutschland nicht erwartet, keine Krankenkasse, nicht mal Mindestlohn.***

***O-Ton Alena Semerdjievi, Arbeiterin:  
Es gab Suppen und verschimmeltes Brot, und wir mussten kalt duschen. Es ist unmenschlich - wie in einem Arbeitslager.***

Trotzdem werden sie wieder Arbeit in Deutschland suchen. In ihrer bulgarischen Heimat sehen sie keine Zukunft.

Zurück nach Hamburg. Schwarz Cranz hat inzwischen Insolvenz angemeldet und an Tönnies verkauft. Viele osteuropäische Arbeiter haben noch offene Lohnforderungen. Nach Auskunft des Insolvenzverwalters kann Schwarz Cranz da nichts machen. Der tschechische Subunternehmer müsse zahlen. Darauf warten die Arbeiter bis heute.

**Zur Beachtung:** Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.